
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 16/3 (1989)

DOI: 10.11588/fr.1989.3.53698

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

En annexe, le lecteur trouvera 30 pages de statistiques électorales de la période 1919–1933 particulièrement éclairantes, une chronologie des principaux événements établie par le regretté Werner CONZE, les tableaux des vingt gouvernements qui se sont succédés un index de même qu'un choix quelque peu arbitraire de biographies de personnalités de cette époque: pas de représentants des confessions, pas de scientifiques, peu d'artistes de renom, pratiquement pas de femmes alors que Weimar leur a reconnu des droits importants – dont celui de vote – et que ses assemblées locales, régionales, nationales comptaient plus d'élus que les assemblées de nos actuels régimes parlementaires. Ces lacunes s'expliquent sans doute par la place insuffisante dans ce livre de l'histoire sociale pourtant indispensable pour comprendre l'échec de la République de Weimar.

Rita THALMANN, Paris

Gerald D. FELDMAN, Carl-Ludwig HOLTFRERICH, Gerhard A. RITTER, Peter-Christian WITT (Hg.), *Die Anpassung an die Inflation – The adaption to Inflation. Beiträge zu Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa, 1914–1924*, Band 8, Berlin, New York (Walter de Gruyter) 1986, XVI–512 S. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 67).

Der Sammelband »Die Anpassung an die Inflation« enthält eine Reihe von Studien, die im Rahmen eines breiten Forschungsprojektes über »Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa 1914–1924« durchgeführt worden ist. In 16 Artikeln (von je ungefähr 30 Seiten Umfang) wird untersucht, wie die verschiedenen Gruppen und Akteure in Deutschland auf die Kriegs- und unmittelbare Nachkriegsinflation reagiert haben. Es sei eingangs gleich angemerkt, daß die vorliegenden Untersuchungen ein beachtliches wissenschaftliches Niveau aufweisen, wobei der umfangreiche Apparat den Leser auf eine reichhaltige und nützliche Bibliographie verweist.

In einem ersten, den »zeitgenössischen und modernen Erklärungen der Inflation« gewidmeten Teil diskutiert Claus-Dieter KROHN die zwei Schulen der monetären Theorie – Nominalismus und Metallismus –, die sich in Deutschland die Vorherrschaft streitig machten. Beide Konzepte aber gehen von Prämissen aus, die es unmöglich machten, die tieferen Gründe der Inflation wirklich zu erfassen. KROHN deckt klar die geistigen Ursprünge dieser Ansätze auf und behandelt ebenfalls überzeugend, wenn auch etwas knapp, die soziopolitischen Gründe, die dazu führten, daß diese irrigen, offensichtlich unbrauchbaren monetären Theorien sich dennoch zu behaupten vermochten.

Der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der öffentlichen Finanzen und der Inflation in den Jahren 1919–1923 wird von Steven B. WEBB untersucht, wobei der Autor bewußt die nationale und internationale politische Dimension außer acht läßt. Mittels neuer statistischer Serien zeigt er, daß die Steuerreform Erzbergers von 1920 beinahe genügt hätte, um sowohl die Ausgaben für den laufenden Haushalt wie auch jene für die Reparationen zu beschaffen, vorausgesetzt, daß sich längerfristig ein stabiles Preisniveau eingestellt hätte. Tatsächlich war dies im Jahre nach der Steuerreform noch der Fall gewesen. Der Grund, daß dieses zerbrechliche Gleichgewicht dann zerfiel, sieht WEBB in den ab Juni 1921 seiner Ansicht nach verfrühten Reparationszahlungen. Diese kurbelten, da die Steuern noch nicht zur Genüge den Staatshaushalt deckten, die Inflation an, welche ihrerseits dann die Grundlagen des Steuersystems gefährdeten. Angesichts der Tatsache, daß weder die Regierung noch die bürgerlichen Kräfte reagierten und somit weitgehend auf ernsthafte Maßnahmen zur Bewahrung einer effizienten Finanzpolitik verzichteten, entwickelte die Inflation eine Eigendynamik, die in die Spirale der Hyperinflation hineinführte. Das Verdienst von WEBBS Studie liegt darin – abgesehen von den äußerst treffenden Bemerkungen über die Beziehungen von Schulden und Inflation –, zu zeigen, daß nicht die sehr weitgehenden Aufwendungen als solche, d.h.

insbesondere die Reparationen und die Sozialausgaben, die Hyperinflation bewirkten, sondern daß vielmehr die sture Unversöhnlichkeit der französischen Bourgeoisie in Verbindung mit einer laxen Haltung des deutschen Bürgertums für die negative Entwicklung verantwortlich gewesen waren.

Der letzte Beitrag dieses Teils, aus der Feder von Hans Jürgen JAKSCH, untersucht, bezugnehmend auf die Spieltheorie, den Zusammenhang von Reparationen und Inflation. Er kommt zum Schluß, daß beide Akteure, d. h. die deutsche Regierung und die Alliierten, sich rational verhalten hätten. Den Alliierten sei es mit ihren hohen Forderungen gelungen, ein Maximum an Zahlungen herauszuholen, während die deutsche Regierung, auf eine stabile monetäre Politik verzichtend, dank Inflation die Abgaben zu vermindern vermochte. Der Autor deutet in der Einleitung selber an, daß die Spieltheorie »die Zusammenhänge vergrößere«, und tatsächlich muß man sich fragen, ob der hier erreichte Abstraktionsgrad der komplexen und widersprüchlichen Realität noch gerecht wird.

Im zweiten Teil werden die »Reaktionen sozialer Gruppen auf die Inflation« untersucht. Am Beispiel Münchens beschreibt Martin H. GEYER die Wohnungskrise am Ende des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren (1917–1924); er analysiert dabei insbesondere die auf Regierungs-, Länder- und Gemeindeebene getroffenen Maßnahmen zur Krisenbewältigung. Schließlich geht der Autor auch noch den durch die Inflation bewirkten Folgen bei den Einkommen der Mieter und Hausbesitzer nach.

Norbert RANFT seinerseits verfolgt den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und stellt dabei das Jahr 1923 als wichtigen Wendepunkt heraus. Damals veränderte sich das Kräfteverhältnis zugunsten des bürgerlichen Lagers, das in der Folge den Abbau der Sozialpolitik einzuleiten vermochte.

Zum Thema der Entmobilisierung zeigt Gunter MAI in höchst interessanter Weise, mit welchen Maßnahmen man eine Welle von Arbeitslosigkeit, die die politische Situation noch zusätzlich zu belasten drohte, zu verhindern versuchte. Es ergab sich dabei eine Art Allianz zwischen Unternehmern und Vertretern der Arbeiterbewegung, die gemeinsam das Ziel verfochten – so beispielsweise in den paritätischen Entmobilisierungskommissionen –, die weiblichen Arbeitskräfte wieder nach Hause zu schicken.

Bei der Analyse der Reaktionen der Beamtschaft auf die Inflation stellt Andreas KUNZ eine polare Radikalisierung fest: die Beamten der Städte tendierten nach links, jene der Landschaft nach rechts.

Im weitem behandeln zwei Artikel die Folgen der Inflation auf den Lebensstandard verschiedener sozialer Schichten. Merith NIEHUS und Gerald D. FELDMANN zeigen die Entwicklung verschiedener Sozialindikatoren zwischen 1919 und 1923. Es handelt sich u. a. um Familienbudgets, die Kinderzahl pro Haushalt, den Gesundheitszustand von Schülern und Studenten, die Kriminalität etc. Robert SCHULZ kritisiert in seinem Beitrag jenen Ansatz, der mit Hilfe des Volkseinkommens den Lebensstandard von Arbeitnehmern zu bestimmen versucht. Er schlägt vor, weiterhin die traditionellen Kriterien wie Arbeitslosenziffern und Lohnindex zu verwenden, selbst wenn solche Daten mit Vorsicht zu verwenden seien und außerdem mit andern Indikatoren verglichen werden müßten. Wie kritisch man offiziellen Zahlen zu begegnen habe, zeigt er anhand einer Reihe aus dem Jahre 1919. Alles weist darauf hin, daß die damals zusammengestellten Daten weniger unter einem objektiv statistischen Gesichtspunkt, als vielmehr gemäß kurzfristiger politischer Interessen erarbeitet worden waren.

Der dritte Teil enthält drei Beiträge zum »Investitionsverhalten öffentlicher Unternehmen in Anpassung an die Inflation«. Gerold AMBROSIUS zählt die verschiedenen Maßnahmen auf, mit denen Gemeindebetriebe (Wasser, Gas, Elektrizität und Transporte) versuchten, ihre Einnahmen zu erhöhen, um den Defiziten beizukommen. In Bezug auf die Eisenbahnen weist Peter-Christian WIRT darauf hin, daß der Erste Weltkrieg auch den Zenith dieses Transportmittels bedeutete und daß sich nun die Investitionen dieses Sektors zugunsten der Automobil-

industrie bedeutend verminderten. Schließlich präsentiert in diesem Teil Gerald D. FELDMANN noch folgende These: die Inflation habe die auf dem Prinzip der Kapitalisation beruhenden Sozialversicherungen in eine tiefe Krise geführt, aus der heraus sie nur mittels einer vollkommenen Einführung des Verteilungsprinzips geführt werden konnten. Damit aber wurden sie von Beitragszahlungen direkt abhängig und, bei steigender Arbeitslosigkeit, äußerst verletzlich, was sich ja auch 1930 deutlich zeigte. So einleuchtend diese These auch erscheint, ist sie, meines Erachtens, doch etwas zu »mechanistisch« präsentiert.

Der vierte und letzte Teil behandelt »Binnen- und Außenwirtschaftsprogramme in Anpassung an die Inflation«. Zwei Beiträge, von David E. BARCLAY und William Carl MATHEWS, suchen den Beweis zu erbringen, daß die Wirtschaftspolitik der SPD der Jahre 1919 und 1920 – im Gegensatz zu einer in letzter Zeit oft vorgebrachten Kritik – durchaus kohärent gewesen war. Ob diese allerdings wirklich den allgemeinen Interessen der Arbeitnehmer entsprochen hatte, wie die Autoren meinen, ist eher zweifelhaft.

Schließlich erläutert uns Carl Ludwig HOLTFRERICH, daß die zollpolitischen Maßnahmen – wie beispielsweise die Indexation der Zölle nach dem Goldpreis – es Deutschland keineswegs ermöglicht habe, die durch den Versailler Vertrag auferlegten Handelsnachteile zu kompensieren. In dieser Hinsicht war allein die durch die Inflation bewirkte Senkung des Wechselkurses der Mark wirksam gewesen.

Es sei erlaubt, noch einmal zu wiederholen, daß der vorliegende Sammelband ein anregendes und nützliches Instrument für alle jene bildet, die sich in die Geschichte der schwierigen Jahre von 1914 bis 1924 vertiefen möchten.

Sébastien GUËX, Lausanne

Michael RUCK, *Die freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923*, Köln (Bund-Verlag) 1986, 565 S. (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung, 39).

Le rôle des syndicats libres dans la lutte contre l'occupation de la Ruhr est intéressant à un double titre. Il permet d'abord d'approfondir la compréhension d'un épisode pourtant déjà beaucoup étudié. En tant qu'organisation de masse, l'ADGB a été un des principaux organisateurs de la résistance passive. A travers son action on peut donc, au delà des aspects connus, diplomatiques ou de politique intérieure au sens strict du terme, comprendre les mécanismes de cette résistance, les intérêts qu'elle met en jeu, les contradictions qu'elle suscite sur le terrain. Pour son analyse, Michael Ruck exploite des sources syndicales, les archives du SPD, auquel l'ADGB était étroitement lié et des documents d'Etat. Les rapports du syndicalisme avec l'administration régionale et centrale étaient en effet d'autant plus importants que pour tourner les interdits de l'occupant, les organisations de salariés étaient en partie amenées à exercer des tâches incombant d'ordinaire à l'exécutif. Les dossiers du ministère français des affaires étrangères et du service historique des armées (Vincennes) permettent enfin d'éclairer la logique des opérations d'occupation et le déroulement de certaines négociations auxquelles l'ADGB a été associé ou sur lesquelles il essaya d'exercer une influence.

Si, comme le montre cette large documentation, l'ADGB est présent sur tous les terrains, il n'en a pas l'initiative pour autant. Son action a été essentielle, mais il n'a guère pu, malgré tous ses efforts, sortir d'un rôle d'exécutant. Un tel constat, sans doute responsable du peu d'intérêt porté au facteur syndical dans les études précédentes, surtout axées sur le processus de décision, est par contre capital pour l'histoire des organisations ouvrières allemandes sous la République de Weimar. C'est là que se situe le deuxième apport de l'étude: le Ruhrkampf non seulement illustre la perte d'influence du mouvement syndical depuis la guerre, mais apparaît comme un facteur décisif de cette érosion.